

Liebe ...,

danke für deine offenherzige schnelle Antwort auf meinen Vorschlag für Redner*innen auf der Demo am 7. Juli. ... Es ist mir eigentlich ziemlich schleierhaft, wie du die Verweigerung eines Rederecht für Parteipolitiker*innen ernsthaft begründen willst.

Klar haben viele sehr schlechte Erfahrungen mit bürgerlichen Politiker*innen gemacht. Klar, dass der Vertrauensverlust in diese Sorte Politiker sogar noch vertieft und nachhaltig gemacht werden muss. Aber es ist doch einfach weltfremd und zudem konservativ, diese Erfahrungen zu verabsolutieren und zu verewigen und zu behaupten, dass alle Parteipolitiker*innen nichts als Wahlkampf im Kopf haben.

Auf dem Bündnistreffen am 3.6. wurde erschöpfend über die Frage der Beteiligung von Vertreter*innen von Parteien im Bündnis und Parteien und Organisationen als Unterstützer diskutiert. Konsens bestand, dass alle Kräfte, die gemeinsam gegen das neue Polizeigesetz NRW kämpfen wollen, gebraucht und gleichberechtigt behandelt werden. Das war auch die große Stärke der Bewegung in Bayern. Das wurde auch explizit bezogen auf die Frage der Redner diskutiert. Es kann ja nicht angehen, dass schon wenige Tage nach dieser Konsensvereinbarung sie schon wieder infrage gestellt wird – und dies zudem mit einer subtilen und letztlich populistischen Stimmungsmache auf der Welle der Parteienverdrossenheit.

Eine Pauschale Ausgrenzung von Parteipolitiker*innen bei den Rednern widerspricht unseren gemeinsam erarbeiteten Spielregeln. Ohne dir das persönlich unterstellen zu wollen, zielen solche moralisierenden Ausgrenzungsargumente in der Regel auf antikommunistische Ausgrenzung revolutionärer Parteien.

Im Gefolge unserer Konsensvereinbarung gibt es also gleich eine ganze Reihe von Gegenargumenten gegen deine Forderung nach Redeverbot für Parteien:

Erstens: Warum stellst du Parteipolitiker*innen und zivilgesellschaftlichen Protest als Gegensatz dar? Selbstverständlich sind auch Parteien Teil des gesellschaftskritischen Protests. Das ist die reale Zusammensetzung des Bündnisses. Warum soll das auf der Bühne anders sein? Warum soll einem Teil der Aktivisten buchstäblich der Mund verboten werden?

Zweitens: Du wirfst alle Parteipolitiker*innen und damit auch Parteien in einen Topf. Entscheidend ist doch, wie die Parteien und ihre Vertreter zum geplanten neuen Polizeigesetz stehen. Die MLPD war Teil des Bündnisses gegen das Polizeiaufgabengesetz in Bayern und ist schon lange aktiv im Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten „im Namen des Kampfs gegen den Terror“ und selbst eine der am weitestgehenden Betroffenen von staatlicher Repression, Diffamierung und Mobbing. Ein Redeverbot gegen sie liegt genau auf der Linie der Staatsschützer und faschistoiden Kräfte.

Drittens: Die Bevölkerung hat das Recht zu wissen, wer da demonstriert, aus welchen verschiedenen Spektren sich die Bewegung gegen das neue Polizeigesetz NRW zusammensetzt und auch welche Parteien sich an dem Protest gegen dieses reaktionäre Gesetz beteiligen und welche nicht.

Viertens: Die Warnung vor einer drohenden Wahlkampfveranstaltung ist doch geradezu an den Haaren herbeigezogen! Weder auf Bundes-, Kommunal-, oder Landesebene finden derzeit oder in nächster Zeit Wahlen statt.

Fünftens: Ich frage mich allerdings auch, ob es Zufall ist, dass dein Einwand als Reaktion auf die (schriftliche) Anmeldung der Vorsitzenden der MLPD Gabi Fechtner als Rednerin kam? Auch die Grünen haben Redner angemeldet.

Sechstens: Das Recht, demokratische und fortschrittliche Parteien zu bilden ist mit dem Koalitionsrecht hart erstritten worden, nicht zuletzt mit vielen Opfern. Denk nur an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg direkt nach der KPD-Gründung. Es wäre geradezu absurd, im Protest gegen ein Gesetz der massiven Unterdrückung selbst Kräfte auszugrenzen.

zen.

Siebtens: Parteien sind immer noch mit Abstand die stärkste und nachhaltigste Organisationsform in Deutschland, Ausdruck ihrer unterschiedlichen Strömungen der politischen Willensbildung. Es ist nicht fortschrittlich, sondern kontraproduktiv, sich populistisch an die Parteienverdrossenheit anzubiedern, anstatt starke, Massen verbundene, ehrliche Parteien neuen Typs zu fördern.

Achtens: du persönlich kannst deine Meinung zu Parteien haben und pflegen, wie es deiner Ansicht entspricht. Parteienfeindseligkeit jedoch zum Standard der Demo zu machen ist erstens der Breite abträglich und zweitens auch etwas elitär-überheblich, als ob die nebulöse „Zivilgesellschaft“ per se fortschrittlich und verlässlich wäre.

Kurz um: Von reaktionären Verteidigern des Polizeigesetzes und in verschiedenen Medien wurde seit dem letzten Treffen versucht, das breite Bündnis zur Demo am 7.7. zu spalten, einen Keil zwischen revolutionäre und andere Kräfte zu treiben. Das wurde von den verschiedensten Kräften im Bündnis einhellig zurückgewiesen. Es wäre ein Schuss ins Knie, sich dem in der Rednerfrage zu beugen.

Ich freue mich auf unsere Diskussion!

Herzliche Grüße

Ernst Herbert